

Jetzt schon  
Widerstandskräfte stärken

# Nicht auf Cancún warten

Heribert Scharrenbroich

Nach dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels gab es großes Wehklagen, dass der zum Schluss von 25 Staats- und Regierungschefs erarbeitete Kompromissvorschlag von den besonders betroffenen Entwicklungsländern mit Empörung abgelehnt wurde. Aus entwicklungspolitischer Sicht kann man nur festhalten: Sie haben gut daran getan. Sie haben auch den Industrieländern damit einen Gefallen getan. Denn die Klimakatastrophe wird auch uns heimsuchen, selbst wenn wir uns gegen die Schäden besser schützen können als die armen Länder.

Ein ehrliches Scheitern zuzugeben ist hilfreicher und zielführender als ein Verkleistern des Problems durch einen faulen Kompromiss. Die jetzigen Bemühungen um eine konsequentere Klimapolitik mit den Vorbereitungskonferenzen für Cancún auf dem Petersberg und dann in Bonn selbst hätte es so nicht gegeben, wenn Kopenhagen nicht gescheitert wäre.

Die in Kopenhagen zum Schluss anvisierten Ziele waren völlig unzureichend, um die Menschenleben und Landstriche zu retten, die bei einer verantwortungsbewussten Politik gerettet werden könnten. Seien wir ehrlich: Die desaströsen Auswirkungen des Klimawandels auf die Ärmsten der Armen können effektiv nur bekämpft werden, wenn man sich mit dem Zwei-Grad-Ziel nicht zufriedengibt, sondern sich zum Ziel setzt, die Erderwärmung bis 2050 auf 1,5 Grad zu beschränken. Um das zu erreichen, müsste der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um vierzig Prozent gegenüber 1990 reduziert werden.

Eine Reduzierung um zwanzig Prozent ist völlig unzureichend. Die Position von Greenpeace, Oxfam und WWF lautet: „Um katastrophale Konsequenzen durch die Erderwärmung zu verhindern, müssten die Treibhausgase bis 2020 um mindestens fünfundzwanzig bis vierzig Prozent unter das Niveau von 1990 fallen. Bis 2050 wäre eine Reduzierung um mindestens achtzig Prozent nötig.“ So Antonio Hill von Oxfam im Jahr 2008 nach der Klimakonferenz im japanischen Toyako. Aber selbst die genügenden Ziele von Kopenhagen sind schwer zu erreichen. Und wenn doch, dann wann? Und wann würde das dann endlich Wirkung zeigen?

Selbst wenn – wofür es zurzeit keine Anzeichen gibt – bald die richtigen Beschlüsse von den Hauptverschmutzern (wozu nicht zuletzt auch die USA, aber auch China und Indien gehören) gefasst und umgesetzt (!) würden, sollten auch Optimisten davon ausgehen, dass es lange dauern würde, bis die Menschheit nicht mehr unter den derzeitigen katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels leiden müsste.

## Die Realität erfordert Doppelstrategie

Der zurückliegende Sommer lieferte tragische Belege: Waldbrände wüteten in Russland, in Pakistan wurde ein Drittel des Landes von den Fluten des Monsuns unter Wasser gesetzt. In Afrika hungern immer mehr Menschen nach immer heftigeren Dürren. In Niger hungerte mehr als die Hälfte der Bevölkerung wegen lang

anhaltender Dürren: 3,3 Millionen Menschen gelten in Niger als *highly food insecure people*, weitere 3,8 Millionen als *moderately food insecure people* – nach Mitteilung der Regierung des Landes, das etwa zwölf Millionen Einwohner hat. Anschließende Starkregenfälle haben nicht nur die Chancen auf eine bessere Ernte – aber erst im Oktober – und Überleben einiger Viehherden vergrößert, sondern auch viel gute Erde weggeschwemmt. Der Süden des Nachbarlandes Tschad leidet seit Monaten unter lang anhaltenden Regenfällen. Auf der Insel Madagaskar sind Wirbelstürme, Dürren, gefolgt von Starkregen und Überschwemmungen, immer häufiger – nicht nur als Folge des globalen Klimawandels, sondern auch durch Verkarstung des Bodens nach der Rodung des Regenwaldes. Die Beispiele ließen sich fortsetzen. In Asien ändern sich die Wetterverhältnisse, es regnet länger und heftiger. Krankheiten, die mit mangelnder Ernährung und schmutzigem Wasser in Zusammenhang stehen, werden als Folge des Klimawandels zunehmen, in Asien wie in Afrika und Amerika. Ebenso wird die Zahl der Menschen steigen, die nach Überflutungen, Stürmen oder Hitzewellen mit neuen Gesundheitsrisiken zu kämpfen haben, an extremer Armut leiden oder gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen.

Die Menschen in den besonders betroffenen Regionen können nicht warten, bis in etwa dreißig Jahren aus eventuell positiven Entscheidungen positive Veränderungen erwachsen. Wir brauchen beides: ein ambitioniertes UN-Klimaabkommen und schnellstmöglichen präventiven Klimaschutz, der auch gute Beispiele zur Nachahmung liefert. Dies wird auch als „Anpassung“ der Menschen in den betroffenen Regionen diskutiert. Anpassung an neue, bedrohliche Gegebenheiten war schon immer für betroffene Lebewesen in der Geschichte des Planeten notwendig, wenn sie denn nicht untergehen

wollten. Daher muss eine Politik der Armutsbekämpfung die zusätzlichen Bedrohungen aus dem Zusammenhang benennen und den betroffenen Menschen und Regionen Hilfen anbieten, wie sie den Gefahren jetzt schon begegnen können. Der nicht von CARE erfundenen, aber beherzigten Maxime „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist dabei auch in diesem Fall höchste Priorität einzuräumen.

In der weiter unten erwähnten Studie des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) heißt es: „Lange Zeit wurde vor allem Vermeidung diskutiert. Seit einigen Jahren jedoch tritt die Frage der Anpassung gleichermaßen in den Vordergrund. Dies hat folgende Gründe:

*Erstens:* Bereits emittierte Treibhausgase wirken sich erst noch aus. Daher lässt sich der Klimawandel nicht mehr verhindern. An dessen Folgen müssen sich Menschen ohnehin anpassen. Auch eine erfolgreiche Vermeidung wird sich erst in einigen Jahrzehnten auswirken.

*Zweitens:* Anpassungsmaßnahmen können Menschen direkter vor Folgen des Klimawandels schützen. Sie können auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene stattfinden. Bei Vermeidungsmaßnahmen hängt der Erfolg stärker davon ab, ob andere Länder mitziehen [...]“

Das Gebot der Stunde heißt also, ab sofort eine Doppelstrategie zu fahren: erstens mit aller Konsequenz die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes herbeizuführen und zweitens gleichzeitig den Menschen, die mit großer Wahrscheinlichkeit von den Folgen des Klimawandels besonders geschlagen werden, jetzt zu helfen, den Katastrophen besser zu begegnen.

Esgibtja immer noch hartnäckige Leugner des Zusammenhanges zwischen CO<sub>2</sub>-Ausstoß einerseits und den zunehmenden Hurrikans, Taifunen, El-Niño-Phänomenen, Dürren und Flutkatastrophen andererseits. Auch diese Klimaoptimisten sollten sich gerechterweise einer Umsetzung

der zweiten Strategie nicht entziehen. Dies umso weniger, als die Auswirkungen der genannten Wetterphänomene die Länder des Südens besonders stark treffen – und dort insbesondere die armen Menschen. Denn diese haben oft nicht nur geringere Kenntnisse und Mittel, sich davor zu schützen, sie sind meistens auch unmittelbar von der natürlichen Umwelt abhängig und können sich den Folgen der Veränderungen – Ernterückgänge, Wasserknappheit, Krankheiten – kaum entziehen. Ihre Möglichkeiten der Sicherung des Lebensgrundlagen (*Livelihoods*) sind vielfach gering.

Hier ergeben sich besondere Pflichten und Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit. Denn, so stellt das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) auf seiner Homepage fest: „Die Auswirkungen des Klimawandels haben sich in den letzten Jahrzehnten verschärft – und wir müssen davon ausgehen, dass sie noch massiver werden.“

### Warten, bis das Wasser kommt?

Deswegen hatte CARE Deutschland-Luxemburg das Bonner Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) beauftragt darzustellen, worin die Folgen des Klimawandels bestehen, mit welchem Klimawandel in Zukunft gerechnet werden muss, weswegen die Armen dem gegenüber besonders anfällig und verwundbar sind und welche vorbeugenden Hilfen die Industrieländer und Nichtregierungsorganisationen (NRO) wie CARE jetzt leisten können und sollten. Die Studie wurde Anfang des Jahres unter dem Titel *Warten, bis das Wasser kommt? – Armutsbekämpfung in Zeiten des Klimawandels* vorgestellt.

Die Industrie- und Schwellenländer, die zur Produktion ihres Wohlstandes die größten Luftverschmutzer sind, dürfen diese Menschen nicht mit den jetzt schon eingetretenen Folgen des Klimawandels alleinlassen, sie dem Wasser, den Dürren und Wirbelstürmen ungeschützt überlassen.

Entwicklungszusammenarbeit, die die Erreichung der Millenniumsziele (MDG) anstrebt, darf nicht außer Acht lassen, worin die Folgen des Klimawandels bestehen, und muss alles daransetzen, dass die Betroffenen dauerhafte Präventivmaßnahmen ergreifen können, diesen Katastrophen besser zu begegnen. Die Studie versteht sich auch als eine Handreichung für andere Nichtregierungsorganisationen sowie öffentliche wie private Geldgeber, die Katastrophenvorbeugung auf ihre Fahnen geschrieben haben, die davon ausgehen, dass aus dem Klimawandel eine große Bedrohung für Entwicklungsländer erwächst, da er ein bedeutendes Hindernis für die Armutsbekämpfung darstellt. Denn nicht nur die Finanzkrise, auch die Klimakatastrophen treffen am härtesten die Ärmsten der Armen und drohen das Erreichen der MDG weiter zu erschweren.

### Klimawandel fördert Migration

Klimawandel bedroht die menschliche Sicherheit. Er trägt zu Vertreibung und Abwanderung bei. Dies geht aus einer weiteren Studie von CARE hervor, in diesem Falle von CARE International sowie dem Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS) und dem International Earth Science Information Network (CIESIN) der Columbia University. Diese Studie wurde am 10. Juni 2009 in Bonn im Rahmen der Klimaverhandlungen vorgestellt („In Search of Shelter – Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement“).

Sie kommt zu dem Ergebnis, dass der Zusammenbruch von Lebensgrundlagen, die von natürlichen Ressourcen abhängig sind, in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten wahrscheinlich einer der Hauptgründe für langfristige Migration bleiben wird, mit all den daraus entstehenden Konflikten – vom Anwachsen der städtischen Slums bis hin zum Kampf um sauberes Trinkwasser oder neue Weide-

gründe. Der Klimawandel werde diese Situation verschärfen, wenn die bedrohten Bevölkerungsgruppen nicht dabei unterstützt würden, klimaresistente Lebensgrundlagen aufzubauen. Eine Unterstützung in diesem Sinne bedeutet nach Auffassung von CARE substanzielle Investitionen in:

- ortsabhängige Anpassungsmaßnahmen, darunter beispielsweise sparsame Bewässerungssysteme, landwirtschaftliche Praktiken wie Direktsaat, differenziertere Einkommensquellen und Katastrophenvorsorge;
- die Stärkung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen, um die zusätzlichen Hürden der Anpassung für sie zu überwinden;
- die einschließende, transparente und rechenschaftspflichtige Planung von Anpassung mit effektiver Teilnahme von besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen (vgl. deutsche Kurzfassung der Studie „Obdach gesucht. Auswirkungen des Klimawandels auf Migration und Vertreibung“ auf <http://www.care.de>).

CARE und ZEF ist es wichtig, dass die Betroffenen auf katastrophale Entwicklungen nicht nur reagieren, indem sie Veränderungen „abfedern“, sondern dass ihre Widerstandskräfte gestärkt werden. „Wenn Menschen nur reagieren können, indem sie die Veränderungen abfedern – zum Beispiel indem sie bei Ernterückgängen den Gürtel noch enger schnallen –, so wird sich ihre Verwundbarkeit letztlich nicht ändern. Beständiges Abfedern und Bewältigen (*coping*) sind insofern nicht nachhaltig (Davies 1993). Die Anpassung an die neuen Umstände (*adaptation*) hingegen kann die Verwundbarkeit der Menschen verringern. Umgekehrt gilt: Wird ihre grundlegende Verwundbarkeit verringert, so kann dies den Menschen neue Spielräume eröffnen, um sich eigenständig an die neuen Umstände anzupassen.“ CARE und ZEF halten ein Bündel von

Maßnahmen für dringend notwendig, die die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit der Betroffenen fördern.

## Vorschläge für die Entwicklungszusammenarbeit

Zum Schutz und der Bewahrung der Lebensgrundlagen (*Livelihoods*) sind folgende Punkte von zentraler Bedeutung:

- der Schutz und die Wiederherstellung des sicheren Zugangs zu Ressourcen beziehungsweise Produktionsmitteln;
- die grundlegende Bewusstseinsbildung: Was geschieht aufgrund von Klimawandel, und wie betrifft es die Menschen? Wobei durch Partizipation das lokale Wissen über Effekte eingeholt werden und mit externem Wissen verbunden werden sollte;
- den Umgang mit Klimawandel als neue Normalität im Bewusstsein zu verankern, sodass Menschen ihre *Livelihood*-Strategien von sich aus anpassen;
- mit Hilfszahlungen zu verhindern, dass Menschen in Krisen ihre Produktionsmittel veräußern;
- Frühwarnsysteme einzurichten und Klimaänderungen zu verfolgen;
- Prognosen über Risiken und deren Auswirkungen verfügbar zu machen (durch Radiofunk und so weiter);
- Notfallpläne, um auf unerwartete Ereignisse schnell und effektiv reagieren zu können;
- Management der verbleibenden Risiken, zum Beispiel in Form von Mikro-Wetterversicherungen;
- materielle Infrastruktur, die den unmittelbaren Folgen von Klimawandel entgegensteht (zum Beispiel Deiche, Bauvorschriften/-technologien, Bewässerungsanlagen, Wasserspeicher in Trockengebieten);
- Verbesserung von Boden-, Wald-, Wassermanagement, sodass unter anderem die Landwirtschaft erhalten bleibt (zum Beispiel Erosionsschutz durch Baumpflanzungen);

- gesundheitliche und andere Maßnahmen, damit Menschen durch Krankheiten oder Mangelernährung nicht handlungs- und reaktionsunfähig werden;
- Institutionalisierung und „Automatisierung“ lokaler Schutzmaßnahmen (Wer ist wofür verantwortlich, wie findet die Kommunikation zwischen diesen Personen und Institutionen statt? und so weiter) und die damit verbundene Ausbildung der lokalen Verantwortlichen für diese speziellen Rollen.

Zur Verbesserung des Lebensunterhaltes (*Livelihoods*) wird empfohlen:

- Ernteerträge durch Diversifizierung der Anbaufrüchte und ihre Anpassung an das zu erwartende Klima zu stabilisieren;
- alternative Einkommensaktivitäten, vor allem solche, die weniger abhängig von der natürlichen Umwelt sind (zum Beispiel nicht landwirtschaftliche) oder die weniger von Klimawandel betroffen sein werden, zu entwickeln;
- Rahmenbedingungen und Anreize zu geben, zu solchen alternativen Strategien überzugehen;
- Zugang zu neuen Technologien, Getreidesorten und anderen Innovationen zu schaffen;
- Bewältigungsstrategien, die sich als nachhaltig erwiesen haben und keine „Schlechtanpassung“ darstellen, zu stärken, zum Beispiel saisonale Arbeitsmigration;
- Lagerungskapazitäten für Reserven bei Ertragsausfällen zu verbessern;
- das Management von gemeinschaftlichen Gütern, die von Klimawandel betroffen sein werden, aber nicht ohne Weiteres von individuellen Eigentümern geschützt werden, zu verbessern;
- Bildung, die die Handlungs- und Reaktionsfähigkeit der Menschen verbessert, zu intensivieren;
- Zugang zu politischen Entscheidungen zu schaffen, damit gemeinschaftliche

Anpassung entsprechend den konkreten Bedürfnissen erfolgt;

- Frauen zu unterstützen, sich mehr in Entscheidungen einbringen zu können.

## Finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer

Da die Industrieländer hauptverantwortlich für die Klimaveränderungen und damit auch für die dramatischen Folgen in den Entwicklungsländern sind, haben sie gemäß dem Verursacherprinzip die Entwicklungsländer beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Dafür müssen die finanziellen Mittel für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel massiv erhöht werden. Nach Auffassung fachkundiger NRO sollten die Mittel für Klimaschutz und Anpassung ab 2013 bis 2020 auf jährlich mindestens 110 Milliarden Euro anwachsen (siehe <http://www.germanwatch.org/presse/2009-06-08.htm>).

Im Einklang mit der UN-Klimarahmenkonvention müssen die Mittel zur Klimafinanzierung zusätzlich zu dem international vereinbarten Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens der reichen Industrieländer für die Entwicklungshilfe aufzubringen, mobilisiert werden. Denn der Klimawandel bürdet den Entwicklungsländern weitere Hürden auf, die die Armutsbekämpfung erschweren und darum zusätzlicher Finanzierung bedürfen.

Die Bundeskanzlerin hat in Kopenhagen zugesagt, von 2010 bis 2012 insgesamt 1,2 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln zur Klimaschutzfinanzierung bereitzustellen. In den BMZ-Etat 2010 sind lediglich 35 Millionen Euro an neuen und zusätzlichen Haushaltsmitteln eingestellt worden. Es ist keine verbindliche Auskunft von der Bundesregierung zu erhalten, nach welchem Fahrplan die versprochene Summe bis 2012 bereitgestellt werden soll.